

Gestützt auf die Feststellungen des VI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und eine Reihe von Materialien, welche die Entwicklung seit Anfang 1963 kennzeichnen, ist unsere gesellschaftliche Situation 1 1/2 Jahre nach der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik folgendermaßen zu charakterisieren:

Ausgangspunkt ist die Feststellung im Programm der SED, daß in der DDR die sozialistischen Produktionsverhältnisse gesiegt haben³. Das bedeutet zugleich, daß sich auch die Beziehungen der Klassen und Schichten zueinander völlig neu gestaltet haben. Die Bourgeoisie hat als Klasse aufgehört zu existieren. Auf dem Lande hat sich die Klasse der Genossenschaftsbauern entwickelt, in die sich auch die ehemaligen Großbauern eingefügt haben; zahlreiche kleine und mittlere Unternehmer sind als Komplementäre Mitinhaber und Leiter halbstaatlicher Betriebe. Die führende Rolle der Arbeiterklasse auf politischem, ökonomischem, ideologisch-kulturellem und wissenschaftlich-technischem Gebiet hat sich verstärkt.

Untrennbar verbunden mit dieser Entwicklung und durch sie bedingt ist die ständige Festigung der politisch-moralischen Einheit in allen Schichten der Bevölkerung und das wachsende sozialistische Bewußtsein der arbeitenden Menschen. Das zeigt sich im besonderen in den ökonomischen Erfolgen, wie sie das Ergebnis der Planerfüllung für das erste Halbjahr 1964 ausweist⁴. Es wachsen die Kollektivität und Organisiertheit der Arbeit. Sie finden ihren Ausdruck in der Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit, in den Brigaden und Gemeinschaften, in der Neuererbewegung und im Massenwettbewerb, der sich in Vorbereitung des 15. Jahrestages der Gründung der DDR besonders durch die Einbeziehung der Aufgaben des wissenschaftlich-technischen Fortschritts immer mehr mit den Forderungen aus dem neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft verbindet. In der Landwirtschaft zeitigt die Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Deutschen Bauernkongresses nicht nur Erfolge in der Produktion, sondern auch in der Entwicklung des genossenschaftlichen Bewußtseins der Bauern. Die Anstrengungen der Werktätigen, die wissenschaftlich-technischen Aufgaben zu meistern und ihre Bildung zu erhöhen, zeigen sich in der wachsenden Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen und an dem Interesse, das die Diskussion über das einheitliche sozialistische Bildungssystem findet. Die Gleichberechtigung der Frau bestimmt ihre Stellung im ökonomischen Leben und prägt entscheidend das Gesicht der sozialistischen Familie, wie dies gerade in der Frauenkonferenz im Juni dieses Jahres seinen Ausdruck fand.

Der umfassende Aufbau des Sozialismus bedeutet zugleich ständige weitere Vertiefung der sozialistischen Demokratie. Wie auf dem VI. Parteitag betont wurde, tritt die Lösung der wirtschaftlich-organisatorischen und kulturell-erzieherischen Aufgaben immer mehr in den Vordergrund. Das erfordert eine noch wirksamere Einbeziehung der Werktätigen in die Erfüllung dieser Aufgaben. So wirken allein in der Rechtspflege rund 45 000 Schöffen und etwa 5 000 Schiedsmänner mit. In den Städten und Gemeinden bestehen 9 353 Ständige Kommissionen für Innere Angelegenheiten, Volkspolizei und Justiz bzw. für Ordnung und Sicherheit, die eine weitere große Anzahl von Bürgern zur Mitarbeit heranziehen. Über 160 000 Bürger sind Mitglieder von Konfliktkommissionen. In den nächsten Jahren werden weitere Zehntausende von Mitgliedern der Schiedskommissionen hinzukommen.

³ Ebenda, S. 322.

⁴ Vgl. Mitteilung der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Neues Deutschland vom 19. Juli 1964.

Der VI. Parteitag stellte aber auch gleichzeitig fest, daß mit der Überwindung der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse die sozial-ökonomischen Wurzeln der Verbrechen im wesentlichen beseitigt wurden und so die Kriminalität in unseren Gesellschaftsverhältnissen ihren Boden verloren hat⁵. Die noch vorhandene Kriminalität ist ein Ausdruck des Widerspruchs zwischen dem Wachstum der objektiven Verhältnisse unserer Gesellschaft und dem — bei allen Fortschritten — langsameren Wachstum im Bewußtsein der Menschen⁶.

Wir können seit Jahren — in besonderem Maße in den 15 Jahren des Bestehens unserer Republik — den ständigen Rückgang der Kriminalität in ihrer Gesamtheit feststellen. Trotzdem verlangt die Tatsache, daß es bei uns noch Kriminalität gibt, eine besondere Aktivierung des Kampfes gegen diese gesellschaftliche Erscheinung — eine Aufgabe, die nicht nur in einem „noch mehr“ oder „noch besser“ besteht, sondern die, gestützt auf die Gedanken des Rechtspflegeerlasses, die Entwicklung neuer Methoden verlangt. Dabei ist von besonderer Bedeutung, daß der Charakter unserer Kriminalität durch zwei Faktoren gekennzeichnet ist:

1. Dem objektiven Geschehen nach überwiegen Straftaten, die keine schweren Verbrechen darstellen, sondern die den Charakter leichter Gesetzesverletzungen, zum nicht unbeträchtlichen Teil auch einmaliger Entgleisungen, tragen.
2. Mit dieser Feststellung ist auch die zweite Besonderheit unserer Kriminalität umschrieben: der Charakter des Täterkreises. Die weitaus überwiegende Mehrzahl der Strafrechtsverletzer sind nämlich Bürger, die im Arbeitsleben stehen und deren Entwicklung und Verhalten deswegen maßgeblich durch die Bedingungen bestimmt wird, unter denen sie arbeiten. Auch hier können noch negative Erscheinungen auftreten, wie Unordnung, Schlamperei usw., die Straftaten unmittelbar oder mittelbar begünstigen. Vor allem aber bilden die sozialistischen Arbeitsbedingungen einen entscheidenden Faktor der Erziehung, der auch insbesondere in der durch den Rechtspflegeerlaß eingeführten Verpflichtung zum Verbleiben am Arbeitsplatz seinen Ausdruck gefunden hat.

Der bei der Ausarbeitung des Entwurfs des Strafgesetzbuchs unternommene Versuch einer Analyse der gesellschaftlichen Bedingungen des Rechts ist in dieser komplexen Weise bei Gesetzgebungsarbeiten neu. Eine Analyse für ein Spezialgebiet gab es bereits bei der Vorbereitung des neuen Jugendgesetzes der DDR vom

4. Mai 1964⁷. Auch den Arbeiten am neuen Zivilgesetzbuch wird eine systematische Untersuchung der gesellschaftlich-ökonomischen Verhältnisse, die durch das Gesetz geregelt werden sollen, vorangehen.

Die Arbeitsmethode, die der Vorsitzende des Staatsrates empfahl, ist eine unmittelbare Anwendung des Programms der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Mit der Erkenntnis, daß das Recht den objektiven gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten entspringt — die ja im wesentlichen ökonomische Gesetzmäßigkeiten sind —, und mit der Forderung, daß das Recht dazu dienen muß, die Produktivkräfte und die sozialistischen Pro-

⁵ Protokoll des VI. Parteitages der SED, Bd. IV, S. 372.

⁶ Auf die noch der weiteren wissenschaftlichen Klärung bedürftigen Fragen — insbesondere zu den materiellen Ursachen und Bedingungen — soll hier im einzelnen nicht eingegangen werden. Vgl. dazu Stiller, „Ursachen und begünstigende Bedingungen der Straftaten in der DDR und ihre Bekämpfung“, N.T. 1964 S. 298.

⁷ Vgl. Walter Ulbricht, „Im Sinne unserer Beschlüsse sachkundig arbeiten und leiten“ (Ausführungen zum Jugendgesetzentwurf und zur staatlichen Jugendpolitik auf der 6. Sitzung des Staatsrates). Neues Deutschland vom 21. April 1964; Berichte über Volkstammersitzung zum Jugendgesetz, Neues Deutschland vom 5. Mai 1964.